

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Papst zum 1. Mai

Rom (AP) Papst Johannes Paul II. hat am 1. Mai in einer Predigt auf dem Petersplatz zu Rom den Arbeitern die Solidarität der Kirche versichert. Er rief die Werktätigen auf, vom Heiligen Joseph zu lernen, der Jesus gelehrt habe, sein Leben «im Schweisse seines Angesichts» zu verdienen. Der Papst schloss seine Predigt mit einer Bemerkung in polnischer Sprache, in der er die polnischen Arbeiter für ihren Einsatz um die Würde und gesellschaftliche Anerkennung der menschlichen Arbeit lobte.

Postauto-Tariferhöhung

Regierung sucht nach Lösungen

Die auf den 1. Mai wirksam werdende Tarifierhöhung bei den Postautos hat zu einigem Unmut geführt. In einem Schreiben haben sich Postauto-Chauffeure gegen diese Massnahme ausgesprochen. Am Pressegespräch stellte Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt klar, dass die Tarifierhöhung einerseits nur die Kurzstrecken-Einzelbillette betreffen würden, andererseits die Erhöhung nicht von Liechtenstein aus vorgenommen wurde, sondern durch die schweizerische PTT. Der Postvertrag mache allerdings, so Hilmar Ospelt, eine Anpassung an diese neuen Tarife notwendig.

Die Regierung kläre derzeit die Situation ab und suche nach Lösungen, um diese Erhöhung rückgängig zu machen. Eine Antwort der PTT stehe zur Zeit noch aus.

Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt betonte auch, dass die Tarifierhöhung nur die Einzelfahrten betreffe, die preisgünstigen Abonnements davon jedoch nicht tangiert würden.

Bleifreies Benzin

Kein Alleingang Liechtensteins

Mehrfach schon war im Rahmen der geplanten Massnahmen gegen das Waldsterben zu vernehmen, dass das bleifreie Benzin verbilligt werde, um die Käufer vermehrt zum Tanken dieses weniger umweltbelastenden Treibstoffes zu bewegen. Am Pressegespräch vom Dienstag meinte Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt dazu, die Absicht zur Verbilligung des bleifreien Benzins bestehe nach wie vor. Doch könne Liechtenstein im Alleingang eine Herabsetzung des Preises nicht verwirklichen. Es müsse abgewartet werden, bis die Schweiz diesen Schritt vollziehe. Im weiteren betonte Hilmar Ospelt, dass es in unserem Land bereits ein recht dichtes Netz von Tankstellen gebe, die bleifreies Benzin anbieten würden. Bis eine Verbilligung des bleifreien Treibstoffes durchgesetzt werden könne, sollten sich die Automobilisten von sich aus dafür entscheiden. Es gebe nämlich eine Reihe von Autos, die mit bleifreiem Benzin betrieben werden könnten.

EFTA-Jubiläum

Hilmar Ospelt fährt nach Wien

Das Fürstentum Liechtenstein wird an der EFTA-Konferenz aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Freihandelsassoziation vertreten sein. Wie Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt am Pressegespräch mitteilte, wird er als zuständiger Ressortinhaber für Wirtschaftspolitik in der nächsten Woche nach Wien reisen.

Neben den Festlichkeiten zum Jubiläum soll in Wien auch eine Arbeitstagung stattfinden, wobei ein Bericht über die Beziehungen zwischen EG und EFTA sowie die Erörterung der Lage nach dem Ausscheiden von Portugal und Spanien aus der EFTA auf dem Programm steht. Ausserdem wollen die in Wien versammelten Wirtschafts- und Handelsminister eine Rückschau auf die 25 Jahre EFTA halten und Bilanz ziehen.



Das Hauptaugenmerk auf die Bildungspolitik legen

Rationalisierungstendenzen durch die Mikroelektronik standen im Mittelpunkt der LANV-Maifeier in Triesen

Den Veränderungen der Arbeitswelt durch die Mikroelektronik und den Einsatz von Industriecomputern waren die Ausführungen an der Maifeier des Liechtensteiner Arbeitnehmerverbandes (LANV) in Triesen gewidmet. LANV-Präsident Alfons Schädler gab seiner Sorge um die Erhaltung der Arbeitsplätze Ausdruck, während der Referent des Abends, Heinz Peter, die Tendenzen und Bewältigungsmöglichkeiten der neuen Technologie beleuchtete. LANV-Sekretär Eugen Büchel schliesslich rief zu vermehrter Sozialpartnerschaft und zum Abschluss der noch fehlenden Gesamtarbeitsverträge auf.

In seiner Eröffnungsansprache zur Maifeier, die von der Harmoniemusik Triesen sowie der Bauernkapelle der Harmoniemusik musikalisch begleitet und umrahmt wurde, führte LANV-Präsident Alfons Schädler aus, in den Betriebsstrukturen hätten sich in den letzten 15 Jahren beachtliche Veränderungen vollzogen. Durch den Einsatz der neuen Technologien seien viele Arbeitsplätze weltweit verloren gegangen. Er fragte sich, ob der herrschenden Arbeitslosigkeit in aller Welt mit Erfolg entgegengetreten werden könne oder ob die Menschen die verbleibende Arbeit auf mehr Hände verteilen müssten, und forderte für unser Land eine vernünftige Koordination der Sozialpartner im Sinne einer gegenseitigen Interessenwahrung. Der LANV werde sich weiter für den Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen einsetzen, damit der soziale Friede, als wich-

tigster Garant für die Zukunft unseres Landes, erhalten bleiben könne.

Auswirkungen für alle Bereiche

Die heutige «Revolution» der Arbeitswelt durch den Einsatz der Mikroelektronik hat nach den Ausführungen von Heinz Peter (Rankweil), der über Rationalisierungstendenzen und deren Auswirkungen für die Arbeitnehmer sprach, praktisch alle Bereiche erfasst. Von der Automatisierung durch Industriecomputer und Roboter seien aber nicht nur viele Arbeitsplätze betroffen, sondern auch, wie er anhand von Beispielen ausführte, zahlreiche Berufe, die wesentlichen Änderungen unterlägen.

Der Einsatz der neuen Technologien in Industrie, Handwerk und Dienstleistungsbetrieben bringt nach seinen Worten auch eine Beschleunigung des Arbeitstempos mit sich, weil die teuren Maschinen und Geräte entsprechend ausgelastet werden müssten. Die Arbeitnehmervertreter stehen, wie er weiter ausführte, vor einem Dilemma: Einerseits müssten sie zusehen, wie die Rationalisierungen überall Arbeitsplätze wegschaffen, auf der anderen Seite sei klar dass nur durch den Einsatz von modernen Technologien die Konkurrenzfähigkeit erhalten bleiben könne. Die Rezession der letzten Jahre habe deutlich gezeigt, dass Betriebe, die sich zu spät angepasst hätten, Arbeitsplätze abbauen oder gar ihre Produktion einstellen mussten. Peter forderte deshalb die Arbeitnehmer auf,

an diesem Technologie-Dialog aktiv mitzuwirken, da es sich um eine existentielle Frage handle.

Das Hauptaugenmerk muss nach seinen Ausführungen auf die Bildungspolitik gelegt werden, einerseits durch eine gute technische Grundausbildung, auf der anderen Seite durch eine dauernde Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer sowie durch eine zunehmende Bereitschaft zum Teamwork.

Fehlende vertragliche Abmachungen

Am Schluss der Veranstaltung, die von wenigen Arbeitnehmern besucht war, rief LANV-Sekretär Eugen Büchel zu vermehrter Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf. Nach seinen Worten haben bereits viele Arbeitgeber erkannt, dass eine vermehrte Mitsprache und Mitbestimmung durch die Arbeitnehmer für das Betriebsgeschehen grosse Vorteile haben könne. Wieder einmal griff der LANV-Sekretär das Problem der fehlenden Gesamtarbeitsverträge auf. Vor vier Jahren sind nach seinen Ausführungen über ein Dutzend Vertragsentwürfe über Gesamtarbeitsverträge vorgelegt worden. Davon konnten jedoch erst drei Verträge abgeschlossen werden. Nun ist nach seinen Worten der Ball bei den Arbeitgebern, wobei der LANV hoffe, dass es nicht notwendig sein werde, fehlende gesamtarbeitsvertragliche Abmachungen durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen zu ersetzen. (G.M.)

Betriebliche Vorsorge

Vorlage im Sommer im Landtag

Die Landtagskommission hat ihre Arbeit in bezug auf die betriebliche Vorsorge (2. Säule) praktisch fertig, erklärte Regierungsrat Dr. Egmond Frommelt am Pressegespräch. Über den weiteren Terminplan wollte er sich nicht festlegen, doch geht er davon aus, dass die Vorlage im Sommer – nach einer erneuten Vernehmlassung – in das Landtagsplenum zurückkehrt. Über die Frage, ob eine Volksabstimmung durchgeführt werden soll, sei sich die Kommission noch nicht einig. Auch sei nicht abschliessend geklärt, ob die betriebliche Vorsorge auf freiwilliger Basis oder obligatorisch durchgeführt werden soll.

Frauen konnten Stellung beziehen

Über Schwangerschaftsabbruch Vernehmlassung durchgeführt

Gegen die Vorwürfe, die Frauen seien bei der Schaffung der Gesetzesvorlage über das Strafrecht, insbesondere jedoch in bezug auf den Schwangerschaftsabbruch, nicht befragt worden, wehrte sich Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt beim Pressegespräch vom Dienstag. Auch bei der Strafrechtsreform habe die Regierung ein ordentliches Vernehmlassungsverfahren durchgeführt, wobei die offiziellen Frauengruppen miteinbezogen worden seien. Zum Thema Schwangerschaftsabbruch seien die Frauengruppen ausserdem noch besonders gefragt worden. Freilich habe man nicht alle Frauen einzeln befragt, denn sonst hätte man in alle Haushaltungen die Vorlagen schicken müssen, meinte Hilmar Ospelt. Im weiteren machte er darauf aufmerksam, dass die Regierungsvorlage bereits im letzten November an den Landtag überwiesen worden sei, ohne dass sich jemand zu Worte gemeldet habe. Erst jetzt, nachdem sich der Landtag in erster Lesung mit der Vorlage auseinandergesetzt habe, höre man die verschiedenen Meinungen.

1. Mai im Ostblock

Frankfurt (AP) Mit Kundgebungen und den traditionellen Paraden haben die Länder des Ostblocks am Mittwoch den 1. Mai gefeiert. Die DDR-Führung nutzte die Feiern zu scharfen Angriffen gegen die USA. In der polnischen Hafenstadt Danzig kam es am Rande einer offiziellen Maiparade zu Zusammenstössen zwischen der Polizei und Angehörigen der verbotenen Gewerkschaft «Solidarität», und Arbeiterführer Lech Walesa wurde gehindert, an der Kundgebung teilzunehmen.

Weniger Kosten, grosses Echo

Die Kosten werden sich, wie Hilmar Ospelt weiter erklärte, bei weitem nicht auf den budgetierten Betrag belaufen. Nach Angaben der PTT beispielsweise habe die Aktion Nulltarif zu Mehrkosten von nur etwa 7000 Franken geführt.

Nach Ansicht von Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt haben die verschiedenen Aktivitäten der Gemeinden und Vereine zum guten Gelingen der Aktion beigetragen. Überall hätte nach seinen Informationen die Bevölkerung begeistert mitgemacht. Auch das Echo aus dem Ausland sei sehr positiv ausgefallen. Die ausländischen Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen hätten sich sehr für das autofreie Liechtenstein interessiert und entsprechend darüber berichtet. Bereits habe man vernehmen können, dass auch anderswo ähnliche Aktionen geplant seien.

Eine ausführliche Darstellung der Regierungsdokumentation folgt in unserer nächsten Ausgabe.

Der motorfahrzeugfreie Sonntag war ein Erfolg

Die Regierung legte beim Pressegespräch vom Dienstag eine erste Auswertung der Zahlen vor

Als einen Erfolg bezeichnete Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt am Pressegespräch vom Dienstag den ersten motorfahrzeugfreien Sonntag auf freiwilliger Basis in unserem Land. Gleichzeitig legte er eine Dokumentation über die ermittelten Zahlen der Verkehrsdichte sowie das Echo aus dem Ausland – als vorläufige Bilanz – vor. Im weiteren gab er bekannt, dass sich die Koordinationskonferenz Umweltschutz mit den Erfahrungen auseinandersetzen und die Regierung voraussichtlich noch im Mai eine Aktion für den freiwilligen Verzicht auf das Motorfahrzeug an einem bestimmten Wochentag lancieren werde. Die guten Erfahrungen mit dem freiwilligen motorfahrzeugfreien Sonntag habe sie ausserdem in dem Gedanken bestärkt, am 15. September 1985 die Aktion zu wiederholen.

Das mit der Aktion verbundene Ziel, meinte Regierungschef-Stellvertreter Hil-

mar Ospelt, nämlich die Sensibilisierung der Bevölkerung für dieses Anliegen sowie eine Senkung des Benzinverbrauchs und die damit verbundene Reduktion des Schadstoffausstosses, sei erreicht worden. Als Nebeneffekt könne der Grosserfolg der öffentlichen Verkehrsmittel an diesem Tag gewertet werden. Gesamthaft wurden ziemlich genau 10 000 Personen transportiert, also etwa dreimal so viel wie an einem normalen Werktag. Die Bemühungen, die Autobesitzer zu einem vermehrten Umsteigen auf das Postauto zu bewegen, sind nach seiner Ansicht einen grossen Schritt weitergekommen.

Fast zwei Drittel weniger Autos

Die an der Lindenkreuzung in Schaan und an der Aukreuzung in Vaduz gemachten Verkehrszählungen bestätigten den allgemeinen Eindruck, dass sich die Liechtensteiner weitgehend an die Aufrufe zum freiwilligen Verzicht gehalten ha-

ben. An der Kreuzung auf dem Lindenplatz wurden am Vorkreuzungstag insgesamt 9450 Fahrzeuge ermittelt, während man am autofreien Sonntag nur noch 3499 Motorfahrzeuge ermittelte. Dies entspricht einer Abnahme um rund 63 Prozent.

Aus der Aufschlüsselung der Zahlen nach Nationalitäten ist ersichtlich, dass der Rückgang der Fahrzeuge mit FL-Nummernschildern gar 79 Prozent betragen hat.

An der Kreuzung Au in Vaduz zeigte sich ein ähnliches Bild. Der Rückgang der Motorfahrzeuge insgesamt belief sich auf 61 Prozent, die Reduktion der einheimischen Fahrzeuge auf 76 Prozent. Waren am 14. April noch 6133 Fahrzeuge mit FL-Schildern registriert worden, so ging diese Zahl am autofreien Sonntag auf 1489 zurück.